



SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin

Liebe Bürgerinnen,

liebe Bürger!

Der Winter naht. Im Bundestag rückte in der zurückliegenden Woche die Energieversorgung in den Mittelpunkt, denn die Lage bleibt schwierig.

Bundesnetzagentur und Wirtschaftsminister Robert Habeck kritisieren, private Haushalte verbrauchten zu viel Gas. Immer öfter lese ich Warnungen vor befristeten regionalen Stromabschaltungen zur Vermeidung eines Netzausfalls. Und manchmal hört es sich so an, als sei es etwas ganz normal. Ist es aber nicht. Es bedeutet nicht nur kalte Wohnungen, sondern auch wirtschaftlichen Stillstand in der betroffenen Regionen – als ob Privathaushalte und Betriebe durch hohe Energiekosten nicht schon mehr als genug belastet sind.

So jedenfalls kann sich die Ampelregierung nicht davonmachen. Sie trägt in dieser Lage mit Verantwortung dafür, dass die Energieversorgung im Land sicher bleibt. Inklusiv längere Laufzeiten für Atomkraftwerke und mehr Kohlekraftwerke ans Netz – auch wenn dies grünen Ideologen nicht gefällt. Gas muss bei der Verstromung weitgehend durch andere Energieträger ersetzt werden, damit mehr Gas für Heizung und industrielle Prozesse zur

Verfügung steht. Ausgerechnet von der schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg mussten sich die Grünen zum Thema AKW anhören. „Wenn sie denn schon laufen, glaube ich, dass es ein Fehler wäre, sie abzuschalten.“

Das knappe Energieangebot treibt auch die Preise – nicht nur beim Gas. Nachdem die Ampel-Koalition die Sommerpause verschlafen hat, musste jetzt eine - viel zu spät - eingesetzte Expertenkommission einen Vorschlag zur Abhilfe liefern. Nach Habecks Bruchlandung mit der Gasumlage soll es ein Preisdeckel für Gas richten, den wir als CSU schon länger fordern – wenngleich nicht als alleiniges Allheilmittel.

Doch der Deckel soll – viel zu spät - erst am Ende der Heizperiode kommen. Das bringt viele Menschen in Bedrängnis und bedeutet das Aus für viele mittelständische Unternehmen.

Wir haben im Bundestag in dieser Woche ausführlich über das Thema debattiert. Einsicht zeigt sich bei der Ampelkoalition leider noch nicht. Als CSU werden wir aber nicht locker lassen – im Interesse von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Sebastian Brehm

CDU und CSU fordern Runden Tisch für den Güterverkehr



Angesichts wachsender Probleme im Bereich „Güterverkehr und Logistik“ fordern CDU und CSU von der Bundesregierung die Einrichtung eines „Runden Tisches“ für die Branche. Zusätzlich hat die Union ein Elf-Punkte-Programm mit vordringlichen Maßnahmen vorlegt, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Neben Mängeln an der Infrastruktur, die weite Umwege und damit Mehrkosten bedeuten, sorgen vor allem drastisch gestiegene Treibstoffkosten und zunehmender Fahrermangel für immer größere Schwierigkeiten.

Besonders betroffen sind ausgerechnet Speditionen, die ihre Lkw-Flotte in den vergangenen Jahren auf den klimafreundlicheren Betrieb mit Flüssiggas (LNG) umgestellt haben. Die Branche spricht hier von einer Versechsfachung bis Verachtfachung der Kosten. Die Folge: Ein wirtschaftlicher Einsatz von LNG-Lkw ist nicht mehr möglich. Viele Unternehmen stehen vor der Insolvenz.

Sebastian Brehm: „Die Güterverkehr- und Logistikbranche sind von zentraler Bedeutung für funktionierende Lieferketten und

Versorgungssicherheit in unserem Land. Wir müssen deshalb alles daransetzen, dass dieser wichtige Wirtschaftssektor reibungslos arbeiten kann.“

Cum-Ex-Skandal noch lange nicht ausgestanden



Banker und Aktienhändler haben den Fiskus über Jahre bei sogenannten cum/Ex-Geschäften um Milliarden Euro betrogen. Sie kassierten Rückerstattungen für Steuern, die sie nie gezahlt hatten. Obwohl in den vergangenen Jahren 137 Verfahren rechtskräftig abgeschlossen und Steuern in Höhe von insgesamt 3,1 Milliarden Euro zurückgefordert wurden, steigt die Zahl der in Bearbeitung befindlichen Verdachtsfälle immer noch an. Ende vergangenen Jahres waren bei den zuständigen Behörden 429 Fälle in Bearbeitung. Dabei geht es um Steuern in Höhe von 4,5 Milliarden Euro. Ein Jahr zuvor waren es 419 Fälle mit einem Volumen von 3,9 Milliarden Euro.

Weiter unklar ist, welche Rolle Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Zeit als Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg in diesem Finanzskandal gespielt hat. Ein Hamburger Bankier intervenierte nach eigenen Angaben bei Scholz, um eine Steuerforderung im

Zusammenhang mit Cum-Ex-Geschäften abzuwehren. Scholz will sich an die Gespräche nach eigenen Worten nicht erinnern können, behauptet aber gleichzeitig, er habe sich ganz sicher nicht eingemischt. Im Hamburg befasst sich ein Untersuchungsausschuss der Bürgerschaft mit den Vorgängen.



Sebastian Brehm: „CDU und CSU haben vor zwei Jahren gegen den anfänglichen Widerstand des damaligen

Koalitionspartners SPD durchgesetzt, dass die zu Unrecht erhaltenen Steuervorteile von den Cum/Ex-Tätern weiter zurückgefordert werden können. Die aktuellen Zahlen zeigen, wie skrupellos sich kriminelle Banker und Aktienhändler auf Kosten der Steuerzahler bedient haben. Dass die Hamburger Finanzbehörde in der Zeit von Olaf Scholz als Hamburger Regierungschef versuchte, die dortige Warburg-Bank vor Steuernachforderungen wegen Cum-Ex-Geschäften zu schützen, wirft weitere Fragen auf.“

Initiative für energetische Gebäudesanierung

Deutschland hat sich ehrgeizige Klimaziele gesetzt. Dafür sind jedoch gerade im Gebäudesektor erhebliche Anstrengungen erforderlich. Nicht nur das ständige Hüh und Hott bei der Förderung von energieeffizientem Bauen durch Wirtschaftsminister Habeck, auch das aktuelle Steuerrecht erweist sich dabei als Hemmschuh. CDU und CSU haben die Ampel-Regierung jetzt zum Handeln aufgefordert und

einen eigenen Plan zur Unterstützung der Gebäudesanierung vorgelegt.

Dazu gehören eine Sonderabschreibung für Vermieter neu zu bauender Gebäude sowie ein Sonderausgabenabzug für Selbstnutzer neu zu bauender Gebäude. Für vermietete Bestandsgebäude ist eine Reform der Bestimmungen für anschaffungsnahe Herstellungskosten, die eine schnellere Absetzbarkeit der Investitionen ermöglicht, gefordert. Selbstnutzer von Bestandsgebäuden sollen ebenfalls durch eine Änderung der Bestimmungen bei der energetischen Sanierung unterstützt werden. Erforderlich sind auch Erleichterungen für Photovoltaikanlagen.

Erntedank im Wahlkreis



Traditionell am ersten Sonntag im Oktober feiern wir Erntedank. In diesem Jahr lud der Bayerische Bauernverband zu einem Erntedankgottesdienst auf dem Gelände der Familie Melanie und Thomas Drechsler in Almoshof ein. Herzlichen Dank an Pfarrer Wagner für die Gestaltung! Viele unserer Landwirte sind derzeit in großer Sorge wegen der hohen Inflation und der explodierenden Energiepreise. Hier muss die

Politik schnell Antworten und Lösungen finden.
Ich werde weiterhin auf Bundesebene für unsere
Knoblauchländer-Gemüsebauern kämpfen!

#ZuhörTour machte Station in Nürnberg

Deutsche Einheit gefeiert



Am Tag der Deutschen Einheit habe ich auf Einladung des Freundeskreis Deutsche Einheit e.V. in einer kleinen Festansprache die Wiedervereinigung unseres Landes vor 32 Jahren gewürdigt und gemeinsam mit dem Vizepräsidenten des Bayerischen Landtages, Herrn Karl Freller, MdL an diese besondere Zeit erinnert. Im Anschluss wurde gesamtdeutsch kulinarisch mit Thüringer Rostbratwürsten und fränkischem Bier die Wiedervereinigung gebührend gefeiert. Wir können stolz sein auf Deutschland und die Menschen in diesem Land sein, die so viel erreicht haben! Danke an Lutz Qvester für die Einladung.



Am vergangenen Wochenende waren sowohl der CSU-Generalsekretär Dr. Martin Huber als auch der Vorsitzende der Grundsatzkommission Dr. Gerhard Hopp im Rahmen der #ZuhörTour zu Besuch in Nürnberg. Herzlichen Dank für die offene Aussprache und die spannende Diskussion! Es ist wichtig, dass wir alle Parteimitglieder bei der Erstellung des neuen Grundsatzprogrammes der CSU mitnehmen und die Anregungen und Ideen der Basis aufnehmen und offen diskutieren. Als Mittelständler liegt mir vor allem unsere soziale Marktwirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland und Bayern am Herzen.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.